

Von: Dröge Katharina <katharina.droege@bundestag.de>
Gesendet: Dienstag, 16. April 2024 10:56
An: hab8cht@mailbox.org
Betreff: Offener Brief

Liebes hab8cht Team,

vielen Dank für Euren Brief. Die längere Antwortdauer bitten wir zu entschuldigen.

Die AfD ist eine unsere Demokratie zutiefst verachtende Partei. Sie sät Hass und fügt unserem Land und unserer Demokratie großen Schaden zu. Nicht umsonst behalten unsere Sicherheitsbehörden ihre verfassungsfeindlichen Bestrebungen im Blick und haben bislang schon diverse AfD-Gliederungen und Landesverbände als gesichert rechtsextrem eingestuft.

Ein Parteienverbot ist ein Instrument, das unsere Rechtsordnung vorsieht. Es ist richtig, dass ein Verbotsverfahren nicht die Aufgabe von Parlamentarier*innen ist. Das Urteil obliegt allein den dafür zuständigen, politisch unabhängigen Behörden. Gleichzeitig sind die verfassungsrechtlichen Hürden für ein Verbotsverfahren hoch.

Uns ist darüber hinaus wichtig zu betonen, dass das dahinterstehende Gedankengut sich nicht einfach verbieten lässt. Deshalb ist es an uns als überzeugte Demokratinnen und Demokraten, die AfD inhaltlich zu stellen und ihr zuallererst so den Nährboden zu entziehen. Der Schutz der Menschenwürde, der Vielfalt und der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sind längst nicht mehr selbstverständlich. Wir setzen uns dafür ein, dass er es wieder wird.

Ein Kernanliegen dafür ist die Stärkung unserer demokratischen Kultur. Dafür hat die Ampel beispielsweise bereits in ihrem Koalitionsvertrag Maßnahmen zum Ausbau der Demokratiebildung festgehalten. Wir setzen uns dafür ein, dass auch das Finanzministerium diese zentrale Aufgabe im Blick behält und auskömmlich finanziert. Diesem Anspruch werden wir unter anderem mit dem 2023 beschlossenen Demokratiefördergesetz gerecht. Zur Stärkung unserer demokratischen Kultur gehört auch, dass wir Menschen, die sich Tag für Tag für unsere Demokratie einsetzen, seien es Mandatsträger*innen, Journalist*innen oder Ehrenamtliche in den Kommunen, besser zu schützen. Dafür wird die Ampel beispielsweise zeitnah die Reform des Melderechts vorlegen und umzusetzen. Darüber hinaus gilt es menschenfeindliche Abwertungsideologien, wie Antisemitismus, Rassismus, antimuslimischen Rassismus, Antifeminismus oder Queerfeindlichkeit, die häufig die Grundlage rechter Gewalt sind, konsequent zu benennen und durch gezielte Präventionsarbeit zurückzudrängen.

Ein anderes wichtiges Anliegen im Kampf gegen Rechtsextremismus ist für uns auch die Stärkung unserer Sicherheitsbehörden. Wir müssen nachhaltige Lehren aus dem Versagen beim NSU und anderen rechtsextremen Taten ziehen und diese auch umsetzen. Dazu gehört beispielsweise die internationale Vernetzung der Rechtsextremismusbekämpfung voranzutreiben sowie den Austausch zwischen Verfassungsschutz und Zivilgesellschaft zu stärken.

Gleichzeitig müssen selbstverständlich alle Verfassungsorgane ständig die aktuellen Einschätzungen der Sicherheitsbehörden und Argumente des Für und Wider eines Verbots sorgfältig abwägen

Mit freundlichen Grüßen
Team Dröge